

Rechtlich zurück

Die allgemeine Geschäftsloge der Adelholzsägewerke in Deutschland hat sich im August eingestellt. Der Marktvorlauf hat sich in Inland und Ausland weiter langsam.

► Seite 858

Forstwirtschaft

NRW: Land will mehr Wildniswälder

Der nordrhein-westfälische Umweltminister Johannes Remmel hat den Entwurf zur neuen „Biodiversitätsstrategie NRW“ vorgestellt, u. a. mit einem Nationalpark ► Seite 854

Das Bundeskartellamt eröffnete Ende 2013 ein neues Verfahren gegen das Land Baden-Württemberg wegen angeblicher wettbewerbswidriger Beherrschung des Nadelstammholzmärktes ohne das bereits seit 2008 laufende Verfahren in gleicher Sache offiziell abgeschlossen zu haben. Die gestellten Bedingungen regeln nicht nur die Nadelstammholzemarkung neu, sondern fordern die Zerschlagung der Forstverwaltung und stellen damit eine erhebliche Gefahr für die Aufrechterhaltung einer umfassend nachhaltigen Waldwirtschaft in Baden-Württemberg dar.

Die AG Wald fordert deshalb das Land auf, alle juristischen und politischen Schritte zur Abwendung der Fol-

entschlagigen Bundesgesetz erreicht werden mit dem Ziel, auch künftig eine gemeinsame Betreuung aller Waldbesitzer unter dem Dach einer öffentlichen Forstverwaltung zu ermöglichen. Dabei ist vor allem die vom Kartellamt als Vermarktungshandlung eingestufte Tätigkeit des Holzanweisens dem waldbaulichen Handeln zuzuordnen.

Zentrale Forderung der AG Wald ist die Erhaltung einer umfassend nachhaltigen und am Gemeinwohl orientierten Waldwirtschaft.

Das Bundeskartellamt hat Ende 2013 dem Land den Entwurf eines Feststellungsbeschlusses übermietet, in dem die gemeinsame Vermarktung von Nadelstammholz aus Staatswald und Nichtstaatswald über 100 ha Besitzgröße untersegt wird. Das Land hat zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden ausführlich Stellung genom-

temberg ja sogar noch verschärft. Die Haltung des Kartellamts ist rein wettbewerbsrechtlich begründet.

Sie lässt nur noch zwei Varianten zur Neuorganisation des Holzverkaufs zu. Beiden gemeinsam ist, dass die Bewirtschaftung des Staatswaldes nicht mehr in gemeinsamen Revieren mit anderen Waldbesitzern erfolgen darf. Darüber hinaus besteht das Bundeskartellamt darauf, dass die Leitung eines Forstamtes und die Aufstellung der zehnjährigen Waldbewirtschaftungspläne in den Wäldern der Gemeinden und des Landes künftig keine reine staatliche Aufgabe mehr sein darf, sondern diese Aufgaben dem freien Wettbewerb unterliegen sollen. Das Land Baden-Württemberg will gegen den Beschlussentwurf des Bundeskartellamts keine Rechtsmittel einlegen, sondern strebt eine Verhandlungslösung an.

che. Der Auslandsanteil auf Besucherseite lag bei 58%. Mit 2012 Anbietern aus 56 Ländern legte die Veranstaltung im Vergleich zum Vorjahr noch einmal um 10,7% zu. 2014 belegte die Gartenschmesse mit ihren fünf Angebotssegmenten eine Ausstellungsfläche von 241 000 m² und zeigte alles, was das Leben im Garten schöner, besser und komfortabler macht. Mit einem Ausstellerplus, der Erweiterung des Ausstellungsangebots und einem zielgruppen-gerechten Begleitprogramm wurde die Attraktivität deutlich gesteigert, so der Veranstalter. Entsprechend zufriedener waren die Besucher, wie die Ergebnisse der Besucherbefragung zeigten. 77% der Befragten waren mit der Erreichung ihrer Besucherziele zufrieden oder sehr zufrieden. 51,3% bewerteten die allgemeine Informationsbeschaffung und den Marktüberblick als positiv.

Handwerks-Initiative will Gesetzeslücke schließen

BGH-Urteil: Ein- und Ausbauposten bei fehlerhaft gelieferten Materialien gehen zu Lasten des Monteurs

Zahlreiche Verbände aus dem Handwerk haben die gemeinsame Initiative „Mit einer Stimme“ gegründet, um gegen die ihrer Meinung nach „handwerkerfeindliche“ Regelung bei bereits eingebauten Produktmängeln vorzugehen. Eine Online-Petition im Frühjahr 2015 soll eine Behandlung des Themas durch den Bundestag ermöglichen und helfen eine im Koalitionsvertrag geschlossene Vereinbarung, auch umzusetzen. Dazu sind mindestens 50 000 Untersützer notwendig.

Die Initiative wird aktuell von den folgenden Verbänden aus dem Innenausbau-Handwerk und aus weiteren Branchen aktiv unterstützt: Decor-Union, Bundesverband Estrich und Belag, Zentralverband Parkett und Fußboden-technik, Bundesverband Farbe, Gestaltung, Bautenschutz, Zentralverband Raum und Ausstattung, Netzwerk Boden, Parkettprofi, Fachhandelsring,

Bund der Selbständigen Rheinland-Pfalz und Saarland sowie dem Bundesinnungsverband des Tischler- und Schreinerhandwerks.

Grundlage der Initiative ist eine Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 15. Juli 2008. Damals wurde laut den Verbänden entschieden, dass Aus- und Wiedereinbauposten eines fehlerhaften Produkts nicht der Verkäufer tragen muss. „Ausführende Unternehmen bleiben aufgrund fehlender Gesetzesgrundlage auf den Ein- und Ausbauposten des bereits fehlerhaft gelieferten Materials sitzen. Dies kann für einen Betrieb das finanzielle Ausbeuten“, so die Klage.

„Unsere Initiative tritt dafür ein, dass diese existenzielle Gefahr für viele Handwerksbetriebe zeitnah durch eine gesetzliche Regelung abgestellt wird“, so Dr. Marcus Dinglreiter, Justiziar der Böhmeler Einrichtungshaus GmbH und Unterstützer der Initiative. Eine Online-

Petition soll eine Behandlung des Themas durch den Bundestag ermöglichen. Dazu sind mindestens 50 000 Untersützer notwendig. Diese sollen im Vorfeld über die neue Internetseite www.mit-einer-stimme.org und auch via Facebook über die aktuell unbefriedigende Situation informiert und für das Thema sensibilisiert werden.

Wer sich unter als Unterstützer einträgt, erhält fortlaufend Informationen zum Thema und zum Start der Online-Petition, verspricht Klaus Stolzenberger, Initiative Parkettprofi, Würzburg. „Alle Handwerker, deren Familien und Freunde sind aufgefordert, die Initiative aktiv zu unterstützen und sich für die Beteiligung an der geplanten Online-Petition im Frühjahr 2015 anzumelden.“ Die Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag, die Haftungslücken zu schließen, muss jetzt zügig umgesetzt werden“, fordert Konrad Steininger, Präsi-

dent Bundesinnungsverband des Tischler- und Schreinerhandwerks. „Wir müssen uns vor ungerechtfertigten Ausfällen schützen“, begründet Heinz Schmitt, Vorsitzender des Bundesverbandes Estrich und Belag das Engagement. „Es wird Zeit, dass wir etwas gegen diese unfaire Behandlung des Handwerks unternehmen“, kommentiert Peter Fendt, Bundesinnungsmeister Zentralverband Parkett und Fußboden-technik. „Wir Handwerker müssen zusammenhalten“, fordert Thomas Böhmeler, Geschäftsführer der Böhmeler Einrichtungshaus GmbH, München. „Unsere Mitglieder dürfen nicht unverschiedet Existenzrisiken ausgesetzt sein“, betont Regina Hebbeln-Rötger, Geschäftsführerin Decor-Union. Die Objektive GmbH, „Eine Gesetzestücke darf nicht zum Sargnagel des Handwerks werden“, sagt Sabine Wiegand, Geschäftsführerin Fachhandelsring GmbH. ► www.mit-einer-stimme.org

4012 Zentralblatt, Seite 854